

Rede

Reiner Hoffmann

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Mündliche Ergänzungen zum Geschäftsbericht beim 21. Ordentlichen Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes

am 13. Mai 2018 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Geschäftsbericht 2014 bis 2017 liegt Euch vor. Wenn Ihr da durchblättert, seht ihr, wir haben eine ganze Menge gestemmt:

- wir im GBV,
- wir in der Bundesvorstandsverwaltung,
- wir zusammen mit unseren Bezirken, Regionen und unseren Kreis- und Stadtverbänden und natürlich
- wir zusammen mit unseren acht Mitgliedsgewerkschaften!

Euch allen – vor allem aber meinen Kolleginnen und Kollegen in der Bundesvorstandsverwaltung und im GBV gilt mein herzlicher Dank: Ihr habt Euch toll eingesetzt, Ihr habt einen klasse Job gemacht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser gemeinsames Ziel ist, Arbeit ordentlich zu gestalten und den Wert von Arbeit zu steigern.

Das heißt: anständige Löhne für alle!

Gute Arbeitsbedingungen für alle!

Tarifverträge und Mitbestimmung für alle!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als der Geschäftsbericht fertiggestellt wurde, lag die Bundestagswahl gerade hinter uns.

Eine Wahl wie sie unser Land noch nicht erlebt hat. Viele waren nicht nur überrascht, sondern regelrecht schockiert. Ich auch! Dramatische Verluste der Volksparteien, eine wieder erstarkte und entsprechend vorlaute FDP und vor allem der starke Zuspruch für die AfD.

Ihr wisst alle, wie es weiterging: vier Wochen wurde sondiert.

Für die Demokratie war dieses Laien-Schauspiel der Sondierungen sicherlich nicht förderlich. Dann ist Jamaika in einer regnerischen Nacht Ende November, kurz nach dem Tatort, krachend gescheitert!

Nach dem, was an Sondierungs-Ergebnissen auf dem Tisch gelegen hat, kann ich nur sagen: gut, dass das Projekt gescheitert ist! Denn Jamaika hätte für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nichts Gutes erwarten lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach Jamaika gab es drei Möglichkeiten eine neue Regierung zu bilden:

- Neuwahlen,
- eine CDU-Minderheitsregierung oder eben
- eine Große Koalition.

DGB-Bundesvorstand Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

www.dgb.de Tel.: +49 30/24060-211 Fax: +49 30/24060-324

Im DGB-Bundesvorstand haben wir über diese Alternativen intensiv diskutiert.
Die zentrale Frage für uns war, liebe Kolleginnen und Kollegen:

Mit wem lassen sich in dieser Situation die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am besten durchsetzen?

Rasch waren wir uns im Bundesvorstand darüber einig, dass eine GroKo die bessere Option ist. Auch wenn wir wussten, dass das vor allem für die SPD kein einfacher Weg wird. Und einfach hat es sich die SPD auch wirklich nicht gemacht.

Gemeinsam waren wir der Auffassung, dass wir eine möglichst stabile Regierung brauchen, gerade auch mit dem rechten Pack im Nacken!

Und ich bin mir sicher, dass viele von Euch diese Einschätzung teilen. Aber ich weiß auch, dass manche von Euch es kritisch gesehen haben, dass wir uns so klar positioniert haben. Es war aber ebenso klar, dass die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für uns im Vordergrund stehen und unser Kompass sind.

Und wenn ich mir die politische Großwetterlage zurzeit ansehe – Iran, Syrien, der Handelskonflikt mit Trump etc. – dann bin ich ganz froh, dass wir jetzt keine Neuwahlen vor uns haben, sondern eine hoffentlich handlungsfähige Regierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
stellt Euch vor, wir hätten heute unseren Kongress eröffnet und die Republik würde in einer zunehmend aus den Fugen geratenen Welt immer noch vor sich hintaumeln!

Und, Kolleginnen und Kollegen, was jetzt im Koalitionsvertrag steht, das hätten viele von uns doch kaum für möglich gehalten. Wir haben einiges durchgesetzt! Und ich finde, das ist gut so!

Ein großer Erfolg ist, dass in der Krankenversicherung die Parität wieder eingeführt werden soll.

Aber Achtung: Jetzt liegt ein Entwurf für die Umsetzung vor und siehe da: Jens Spahn spielt offensichtlich falsch und plant den Griff in die Rücklagen der GKV: So geht es nicht, Herr Minister!

Ein weiterer Teil-Erfolg ist die Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus.

Ein dritter Erfolg ist die Zusage für mehr Investitionen in Bildung, in bezahlbares Wohnen und in eine nachhaltige Infrastruktur.

Der gerade vorgelegte Haushalt von Olaf Scholz hat allerdings Fragen aufgeworfen! Dazu hier nur so viel: egal, ob schwarze oder rote Null – wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie massiv in die Zukunft investiert und unser Land nicht noch länger kaputt spart, Kolleginnen und Kollegen!

Ein weiterer Erfolg ist, dass endlich das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit eingeführt werden soll.

Und last but not least: Ein Erfolg sind die Aussagen zu Europa. Ich finde, der Koalitionsvertrag hat das Potential für eine andere, eine bessere deutsche Europapolitik. Jetzt muss es allerdings auch genutzt werden! Doch was macht die Bundestagsfraktion der Union? Sie will den Austeritätsskurs fortsetzen und lässt jede Aussage zur Stärkung des sozialen Europa vermissen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die ersten Wochen der Groko haben uns also gelehrt, dass verschärfte Aufmerksamkeit gefragt ist, wenn es um die Umsetzung des Vertrages geht. Aber das sind wir ja gewohnt!

Und dann gibt es ja auch noch die vielen Leerstellen im Koalitionsvertrag. Vor allem bei der Tarifbindung und Mitbestimmung. Da lassen wir die GroKo sicher nicht aus der Pflicht. Deshalb bringt der Bundesvorstand einen Initiativantrag ein.

Darin formulieren wir klar unsere Erwartungen, die über den Koalitionsvertrag deutlich hinausgehen.

Wir wollen, dass die Bundesregierung

- ihren Beitrag zu einer höheren Tarifbindung und mehr Mitbestimmung leistet,
- den Rahmen setzt für gute Arbeit und die Überwindung von prekären Jobs,
- gute Bildung in Zeiten rasanter Veränderungen fördert,
- mehr in Personal, bezahlbaren Wohnraum sowie eine intakte Infrastruktur investiert und
- endlich entschlossener für ein soziales Europa eintritt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Auseinandersetzung mit der AfD ist und bleibt ein zentrales Thema für uns. Dazu habe ich heute Morgen schon einiges gesagt. Ergänzen will ich, dass es uns miteinander gelungen ist, bei den laufenden Betriebsratswahlen Erfolge rechter Listen zu verhindern. Viele Medien haben ja geunkelt, die Betriebsräte würden jetzt von den Rechten unterwandert – nur weil eine kleine Truppe sich dicke machte.

Diese Prognose war falsch, Kolleginnen und Kollegen.

Unsere Betriebsräte stehen gegen Ausgrenzung, gegen Rassismus und gegen Spaltung! Und das sind 99,9 Prozent der gewählten Betriebsräte. Die Rechtspopulisten haben nichts bei uns zu suchen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir haben eine Menge von dem erreicht, was wir uns auf dem Bundeskongress 2014 vorgenommen hatten. Deutschland hat den Mindestlohn! Das ist unser größter politischer Erfolg der vergangenen Jahre, Kolleginnen und Kollegen.

Dieser Erfolg hat viele Mütter und Väter, aber er wird, lieber Michael Sommer, immer mit deinem Namen verbunden bleiben! Der Mindestlohn hat die Lebenssituation vieler Menschen verbessert.

Aber er ist leider auch wieder einmal ein Beispiel dafür, dass der kriminellen Energie von viel zu vielen Arbeitgebern fast keine Grenzen gesetzt sind. Darauf wird Stefan noch eingehen.

Wir haben klare Positionen zum Thema „Arbeit der Zukunft“ formuliert.

Wir haben die Offensive Mitbestimmung gestartet und uns für ein soziales Europa eingesetzt sowie für einen fairen und gerechten Welthandel.

Wir haben für die Verbesserungen beim CETA-Abkommen gesorgt, Kolleginnen und Kollegen!

Und ohne uns hätten im Oktober 2015 nicht über 200.000 Menschen hier in Berlin für fairen Handel und gegen TTIP demonstriert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
zu unseren Erfolgen der vergangenen vier Jahre gehört auch, dass wir zahllose Angriffe der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände abgewehrt haben.

Ich will hier nur drei Beispiele nennen:

- ihre Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz sind erst einmal ins Leere gelaufen. Eine ungebremste Flexibilisierung hat es nicht gegeben und wird es mit uns auch nicht geben.
- genauso wenig haben wir es ihnen durchgehen lassen, dass unter dem Vorwand „Digitalisierung“ die betriebliche Mitbestimmung oder der Arbeitsschutz verschlechtert werden.
- und bei der Europäischen Dienstleistungskarte haben wir die Einführung der Bolkestein-Richtlinie durch die Hintertür verhindert. Genauso wie den Vorschlag, das Herkunftslandprinzip wieder einzuführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir haben ne Menge erreicht. Und wir haben noch viel mehr vor! Unser wichtigstes Ziel ist und bleibt, die Arbeit der Zukunft menschlich zu gestalten und ihren Wert zu steigern! Und wir mischen uns in die gesellschaftspolitische Debatten ein.

Das schaffen wir am besten, wenn wir auch weiter an einem Strang ziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

DGB-Bundesvorstand Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

www.dgb.de Tel.: +49 30/24060-211 Fax: +49 30/24060-324

Lasst mich also abschließend noch kurz den Blick nach innen richten. Wir haben gute Fortschritte bei der weiteren Umsetzung der Organisationsreform 2010 gemacht. Wir haben über 350 ehrenamtliche Kreis- und Stadtverbände gegründet. Sie sind die Basis für unser Engagement für Weltoffenheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir stehen solidarisch zusammen! Das haben wir im Kita-Streik 2015 gezeigt! Am 13. Juni 2015 haben wir Demonstrationen in Köln, Dresden, Nürnberg und Hannover organisiert.

Und auch als wir gemeinsam im März 2016 in München gegen Leiharbeit demonstriert haben, haben wir Stärke bewiesen. Die Bilder von allen Vorsitzenden auf der Bühne waren klasse! Wir sind stark, wenn wir solidarisch und einig sind!

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage auch: wir machen es uns nicht immer nur leicht miteinander.

Aber klasse ist doch, dass seit 2014 vier weitere Kooperationsvereinbarungen zwischen den Gewerkschaften abgeschlossen wurden. Damit konnten wir Abgrenzungskonflikte beilegen. Sie haben dazu geführt, dass seit dem 20. OBK keine Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet werden mussten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
unsere politischen Erfolge, aber auch unser gemeinsames Auftreten als Einheitsgewerkschaften, haben unser Ansehen in der Bevölkerung weiter gesteigert.

Das wäre nicht so, wenn wir in den vergangenen Jahren nicht ordentlich gearbeitet hätten. Doch das ist kein Grund innezuhalten und selbstgefällig zu werden. Im Gegenteil, es ist Ansporn, noch viel mehr zu tun! Machen wir uns an die Arbeit!

Für Solidarität und gegen Spaltung – darum geht es, Kolleginnen und Kollegen.

Glück Auf!